

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 30 (2023)
Heft: 335

Artikel: Erdoan hat gewonnen, aber die Türkei hat verloren
Autor: Riha, Ronî
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1047685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erdoğan hat gewonnen, aber die Türkei hat verloren

Warum hat Erdoğan die Wahl gewonnen? Was haben die kurdischen linken Parteien damit zu tun? Und was bedeutet der Sieg des Autokraten für den Rechtsstaat, das Bildungswesen und die Zukunftsperspektiven insbesondere der jungen Menschen? Eine Einordnung.

von Roni Riha

Seit dem Putsch 2016 rollt die Türkei auf einen Abgrund zu. Wirtschaft, Justiz, Frauen- und Menschenrechte, Bildung und viele andere Bereiche liegen am Boden. Erdoğan trat also zu einem Zeitpunkt zu den Wahlen an, als er am schwächsten war. Zum ersten Mal bestand die realistische Chance einer Niederlage – und doch hat Erdoğan wieder gewonnen. Die grösste Kraft hinter seinem Wahlsieg ist zweifellos die staatliche Macht, die er in seinen Händen hält und die er für seinen Sieg mobilisiert hat. Die Opposition trat nicht nur gegen eine Partei und einen Kandidaten an, sondern gegen einen ganzen Staat.

Nach dem Militärputsch vom 15. Juli 2016 nutzte Erdoğan die Justiz, um viele populäre Gegner:innen zu inhaftieren, unter ihnen Figen Yükseskağ und Selahattin Demirtaş, die ehemaligen Ko-Vorsitzenden der HDP. Auch der Bürgermeister von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, dem Erdoğan bei den Kommunalwahlen in Istanbul unterlegen war und der daher als gefährlichster Rivale galt, wurde mit Hilfe der Justiz aus dem Rennen um die Präsidentschaft ausgeschlossen. Und das nur wenige Monate vor den Wahlen 2023. İmamoğlu wurde zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt, weil er die Mitglieder des Obersten Wahlrats im Zusammenhang mit der Absage eines zweiten Wahlgangs in Istanbul 2019 als «Idioten» bezeichnet haben soll.

Daneben hatte Erdoğan Schützenhilfe von aussen: Die Golfstaaten überwiesen während des Wahlkampfes Milliarden von Dollar an die türkische Zentralbank, um die leeren Staatskassen zu füllen und damit die Wirtschaft zu stabilisieren. Ähnliches gilt für Russland und Aserbaidschan.

Kurzum: Ein faires Rennen war unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Die Macht der Polarisierung und der Nationalisten

Doch man sollte darüber nicht die Realität der religiösen und nationalistischen Prägung der türkischen Gesellschaft aus dem Blick verlieren, die Erdoğan in den letzten 20 Jahren noch verschärft hat. Davon zeugen die insgesamt 25 Prozent Stimmen für die İyi Parti, die Zafer-Partei und die MHP – zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei haben die extremen Nationalisten so viele Stimmen erhalten. Auch sie zählen zu den Gewinnern: Von nun an kann in der Türkei kein Schritt mehr ohne ihre Zustimmung unternommen werden.

Die Ergebnisse unterstreichen, dass die Wahlen nicht so sehr zwischen zwei Kandidaten, sondern vielmehr zwischen gesellschaftlichen Blöcken stattfanden. Erdoğan ist ein Politiker, der es versteht, die türkische Gesellschaft zu polarisieren und zu spalten – eine Gesellschaft, die seit dem Ende des Osmanischen Reiches vor über hundert Jahren von einer Paranoia des Zerfalls geprägt ist. Mit dem Mantra «Ausländische Mächte wollen unser Heimatland spalten» halten Erdoğan und seine Partner diese Angst am Leben – und sie profitieren davon. Hinzu kommt, dass Erdoğan vor allem in Zentralanatolien grosse Teile der Bevölkerung für sich gewinnen konnte: Mit staatlicher Hilfe konnte er die von ihm verursachte Wirtschaftskrise und Armut zu seinen Gunsten wenden.

Folgt nun die Auswanderungswelle?

Erdoğan's Sieg besiegelt den weiteren Niedergang von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Gleichberechtigung und nicht zuletzt auch den Niedergang der Zukunftsperspektiven der jungen Menschen. Er wird das Bildungswesen von nun an wohl vollständig unter seine Kontrolle bringen. Schon seit 2018 werden die Rektoren der staatlichen Universitäten ohne Fakultätswahlen von ihm ernannt oder entlassen. In den nächsten Jahren wird aus akademischer Sicht von den türkischen Universitäten nicht viel zu erwarten sein. Diese Wunden werden nicht so schnell heilen, selbst wenn Erdoğan in der nächsten Legislatur abtreten sollte.

Zehntausende junger Menschen haben die Türkei in den vergangenen Jahren aufgrund des von Erdoğan geschaffenen düsteren Klimas bereits verlassen. Umfragen zufolge wollen 63 Prozent der jungen Menschen dem Land bei der ersten Gelegenheit den Rücken kehren. Die europäischen Staaten, die sich bereitwillig vor Erdoğan's Drohungen mit der Ausschaffung syrischer Flüchtlinge gebeugt haben, könnten nun also mit einer Auswanderungswelle aus der Türkei konfrontiert werden.

Vor allem die letzten dort lebenden armenischen und jüdischen Menschen, die ihre Heimat lange Zeit nicht verlassen wollten, bereiten sich nun darauf vor, zu gehen, um in Sicherheit leben zu können. Auch kurdische Jugendliche, Intellektuelle und Medienschaffende, die zunehmend aus allen Lebensbereichen ausgeschlossen werden, flüchteten in letzter Zeit vermehrt nach Europa. Jetzt nach den Wahlen dürfte diese Zahl noch einmal rasant ansteigen.

Die Folgen der Türkisierungsstrategie

Eine der grössten Verliererinnen der Wahl war zudem die kurdischlinke HDP-YSP. Insbesondere ihre «Politik der Türkisierung», welche die kurdische Führung seit 2013 der HDP und der kurdischen Gemeinschaft verordnet hat, hat verloren. Die Türkisierungspolitik – damit ist die Annäherung der Kurd:innen an die türkische Kultur und Sprache gemeint – war zunächst ein Instrument, mit dem Öcalan den türkischen Staat an den Verhandlungstisch locken wollte. Tatsächlich scheiterte diese Strategie bereits mit dem Krieg im Jahr 2016, als der türkische Staat die kurdischen Städte dem Erdboden gleichmachte und Hunderte von Zivilist:innen massakrierte. Es scheint, dass die kurdische Führung Öcalan's Plan nicht ganz verstanden hat.

Es ist bemerkenswert, dass die kurdische Politik während des Wahlkampfes weder in den Medien noch auf den Wahlkundgebungen etwas über den Status der Kurd:innen, die kurdische Frage oder Kurdisch/Kurmanji als Bildungssprache gesagt hat. Ausserstehende könnten angesichts dieses kurdenfreien, kurdenlosen Wahlprogramms leicht den Eindruck bekommen, dass die kurdische Frage de facto erledigt sei.

Neu war auch, dass die HDP-YSP-Kandidat:innen, als sie in Kurdistan herumreisten, um für Stimmen zu werben, mit den Massen Türkisch sprachen. Doch darunter befanden sich Tausende von Menschen, die keine andere Sprache als Kurdisch sprechen. Es schien fast, als bestünde in Diskurs und Habitus zwischen der kurdischen HDP-YSP und den anderen linken Parteien kaum noch ein Unterschied. Aktuell herrscht darum eine hitzige Diskussion, ob nicht diejenigen Kandidat:innen und Politiker:innen, die ihrer eigenen Community und ihren Realitäten den Rücken zuwendeten, letztlich für den Wahlverlust mitverantwortlich sind.

Unterm Strich haben fast alle verloren – ausser Erdoğan, dem sein Machterhalt wichtiger ist als alles andere. Es sieht so aus, als hätte er mit dieser Wahl nun endgültig sein Sultanat in einer zerstörten Türkei ausgerufen.

Ronî Riha, 1982, ist kurdischer Journalist und Schriftsteller und schreibt vor allem über die kurdische Frage. Er lebt seit 2016 in der Schweiz, derzeit in St. Gallen. 2014 war er in Rojava und wurde Zeuge des IS Angriffs auf Kobanê.

Journalistinnen unter Druck

Kurdische Journalistinnen in der Türkei werden immer wieder zur Zielscheibe. Drohungen, Verhaftungen und gewaltvolle Angriffe gefährden ihre Sicherheit und auch die Berichterstattung. Während die Täter freikommen, werden die Journalistinnen verfolgt.

von Rojda Oğuz

Die Pressefreiheit war in der Türkei schon immer ein problematischer Bereich, aber die gerichtliche Schikanie von Journalist:innen hat in den letzten Jahren einen neuen Höhepunkt erreicht. Mindestens 100 Journalist:innen sitzen derzeit in den türkischen Gefängnissen, die grosse Mehrheit von ihnen ist kurdisch. Sie stören die strategische und ideologische Achse des türkischen Regimes, und ja, sie rütteln auch am Geschlechterbewusstsein, indem sie gegen die patriarchale Ordnung kämpfen. Vor allem kurdische Journalistinnen müssen sich an ihren Arbeitsplätzen durch verstärkte Sicherheitsmassnahmen gegen den Staat und die Männer schützen.

Wenn heute in den türkischen Medien über die Realität des Kurdenkrieges berichtet wird, hat die kurdische Pressetradition grossen Anteil daran. Insbesondere kurdische Frauen haben Enormes geleistet. Kurdische Journalistinnen und Schriftstellerinnen haben stets Wahrheiten aufgedeckt, auf Missstände hingewiesen und gleichzeitig auch die Realität des Krieges, die sie erlebt haben, mit ihren Texten vermittelt.

Mit welchen Problemen sind wir als Frauen im Journalismus also konfrontiert, während wir einfach nur unsere Arbeit machen wollen? In Kurdistan und der Türkei kommt es immer wieder vor, dass Frauen während der Berichterstattung von der Polizei oder während eines Interviews von einem Mann angegriffen werden. Wenn du kritisch über jemanden berichtest oder wenn ihm deine Herangehensweise nicht gefällt, kann er dich anschreien und sexistisch beschimpfen. Als Journalistinnen können wir zwar Anzeige erstatten, aber die gewalttätige Polizei nimmt uns nur in den wenigsten Fällen ernst. Hinzu kommen Mobbing, Belästigungen, Gewalt und der Druck, schön, gepflegt und schlank zu sein.

Ein weiterer Druckfaktor für kurdische Journalistinnen sind die vielen Verhaftungen sowie die Belästigungen in Gewahrsam. In Nordkurdistan und der Türkei wurden im letzten Jahr 17 Journalistinnen aufgrund unbegründeter Anschuldigungen verhaftet. Und einem Bericht der Koalition für Frauen im Journalismus (CFWIJ) vom Februar 2022 zufolge wurden mindestens 19 Journalistinnen wegen ihrer beruflichen Tätigkeit gewaltsam verfolgt.

Journalistinnen in Kurdistan sind besonders gefährdet, zur Zielscheibe zu werden. Verhaftungen, Drohungen und Gewalt sind alltäglich. Sie kämpfen gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und gegen die Unterdrückung, während sie gleichzeitig versuchen, ihren Rechten und Pflichten als Journalistinnen nachzukommen und ihrer Berichterstattung Raum zu geben. Das ist eine grosse Herausforderung. Der gesellschaftliche und politische Druck hindert sie daran, frei in der Berichterstattung zu agieren und über besonders sensible Themen zu berichten. Das jüngste und eindrucksvollste Beispiel dafür ist der Tod der 18-jährigen İ.E., die sich in der südosttürkischen Provinzhauptstadt Batman das Leben nahm, nachdem sie von Musa Orhan, einem Feldwebel der türkischen Armee, vergewaltigt worden war. Orhan ist frei, während die Journalistinnen, die darüber berichtet haben, strafrechtlich verfolgt werden.

Rojda Oğuz, 1991, hat Literatur, Kommunikation und Recht studiert und arbeitet seit 2013 als Journalistin für verschiedene oppositionelle Medien in der Türkei. 2016 wurde sie aufgrund ihrer Berichterstattung verhaftet. 2021 ist sie in die Schweiz geflüchtet, sie lebt seit eineinhalb Jahren in St. Gallen.